

Der neutrale Gürtel

Als sich im letzten Krieg der Sieg der vereinigten Westmächte und Sowjetrussen abzuzeichnen begann, war die Frage, was mit den unmittelbar an die UdSSR angrenzenden europäischen Völker geschehen sollte. Das Baltikum wurde einfach dem roten Imperium einverleibt, und für die übrigen Länder verlangte Stalin, daß in ihnen der Sowjetunion freundschaftlich gesinnte Regierungen eingesetzt würden. Die Westmächte ihrerseits forderten für die gleichen Länder, daß ihre innere Staatseinrichtung dem Willen der Volksmehrheit entsprechen, d. h. demokratisch sein sollte.

Eine Rußland entgegenkommende Außenpolitik, verbunden mit einer freiheitlichen Verfassung im Innern, das schien aus diesen Grenzstaaten der Sowjetunion eine Zwischenzone zu schaffen, in der sowohl die Belange der östlichen Kommunisten als auch der westlichen Demokraten berücksichtigt waren. Hier konnten, so meinte man, die verschiedenen Kräfte einen Ausgleich, einen Übergang zwischen politischen und ideologischen Gegensätzen schaffen. Man dachte an eine Art Zwischenreich, das die Reibungsflächen der beiden Machtblöcke neutralisieren sollte.

Die Polen ahnten sogleich, was ihnen mit diesem Plan bevorstand, und wehrten sich verzweifelt. Benesch und der tschechisch-slowakische Staat schienen eine bessere Ausgangsposition zu haben, aber auch sie nahmen ein böses Ende. Jede neutrale Zone ist, so wie Moskau sie fordert, ein Tummelplatz der Intrigen, der unterirdischen Wühlarbeit, bis die Zustände für einen roten Zugriff reif werden. Die demokratische Freiheit, wie man sie im Osten auslegt, besteht darin, für den Endkampf alle wichtigen Positionen zu besetzen und dann in einem Umsturz von innen zuzuschlagen. Vor aller Augen hat die sowjetrussische Politik diesen Neutralismus schon mehrfach durchgespielt – immer mit einem glücklichen Ende für den Bolschewismus und den Untergang der Freiheit.

Der erste „neutrale Gürtel“, der nach dem Weltkrieg geschaffen wurde, ist heute unbestrittener und ausschließlicher Herrschaftsbereich Moskaus.

Und nunmehr wird von Chruschtschew energisch die Schaffung einer neuen neutralen Zone gefordert. Sie ist schon einige hundert Kilometer weiter westlich und soll vorläufig Berlin heißen. Daß Chruschtschew sie verlangt – wer dürfte sich darüber wundern? Aber da treten auch andere Weltverbesserer auf mit ähnlichen Plänen, und das im demokratischen Lager selber. Den jüngsten derartigen Plan legt laut *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 20. September 1961, S. 4 ein konservativer Abgeordneter des britischen Unterhauses vor. Offenbar hat er vom Schicksal des ersten neutralen Gürtels nie etwas gehört oder legt ihm keine Bedeutung bei.

Es ist seltsam, wie sich gewisse Strömungen im westlichen Lager mit den neuen Absichten Chruschtschews decken. Adenauers Politik war stets darauf gerichtet, die Verantwortung der vier Hauptsiegermächte für Ost-, Mittel- und Westdeutschland im allgemeinen und Berlin im besonderen herauszustellen, weil das bei der deutschen Schwäche die einzige Sicherheit für uns ist. Als die Sowjetunion den Boden der vertraglichen Abmachungen verließ, nagelte er um so schärfer die Verantwortung der Westmächte fest. Und Chruschtschew sieht in dieser Verantwortung in der Tat das große Hindernis für seine weiteren Pläne. Deswegen möchte er andere Partner für die Partie aufstellen: an Stelle UdSSR gegen USA, England und Frankreich, sollen in Zukunft DDR gegen Bundesrepublik stehen. Und da die DDR nichts weiter ist als eine Moskauer Satrapie, so hieße die Partie nunmehr: Sowjetblock gegen Bundesrepublik. Damit wäre für ein rücksichtsloses Ausgreifen nach Westen freie Hand geschaffen. Und eben diesen Absichten kommen neue politische Strömungen in England und – in geringerem Maß – den USA entgegen. Erschreckt durch die Drohungen Chruschtschews, durch seine massierten Atomver-

suche und eine Art Probe-Mobilmachung der Satellitenvölker fürchten sie das Schlimmste und sind geneigt zu verhandeln, d. h. nachzugeben – auf Kosten Deutschlands.

Die Lage wird von der Zeitschrift *America* (vom 26. August 1961) etwa so gezeichnet: Die Verwirrung im Westen ist beunruhigend, Frankreich ist im Prinzip für eine feste Haltung Moskau gegenüber, aber seine Kräfte sind durch den algerischen Krieg gebunden. Großbritannien ist erschreckt, und ein unüberhörbarer Teil der öffentlichen Meinung übt auf die Regierung einen Druck aus zu verhandeln. Da dieses Verhandeln aber mit feigem Gemüt unternommen würde, könnte es lediglich zur Kapitulation und Demütigung des Westens führen.

Wie angenehm wäre unter diesen Umständen für diesen oder jenen westlichen Politiker der Ausweg, die Verantwortung für Berlin auf die Deutschen abzuschieben. Und eben diesen Ausweg scheinen einige deutsche Parlamentarier und Presseleute von sich aus anzubieten. Sie verlangen eine „eigenständige“ deutsche Außenpolitik, d. h. genau das, was Chruschtschew braucht, um ans Ziel zu kommen, und was geheim und weniger geheim in einigen außerdeutschen westlichen Ländern von gewissen Leuten, die sich von uns absetzen und uns unserem Schicksal überlassen möchten, gewünscht wird. Wenn die westliche Einheit und Solidarität zerbricht, zerbricht auch der Damm, der die rote Flut bis jetzt aufgehalten hat. Die heute gewünschte neutrale Zone wird morgen nicht mehr neutral, sondern holschewisiert sein. Und dann wird ein neuer neutraler Gürtel gefordert werden. Vielleicht wird es der oben erwähnte englische Abgeordnete noch erleben, daß auch sein Land dafür ausersehen ist.

Von der polnischen Presse

Zweieundfünfzig Jahre nachdem die erste Zeitung im heutigen Sinn überhaupt, die *Relation*, 1609 in Straßburg herausgekommen war, erschien am 3. Januar 1661 zu Krakau die erste polnische Zeitung, der *Merkuriusz Polski*. Hätte sein Herausgeber, Jan Aleksander Gorczyn, gewußt, daß dreihundert Jahre später nicht weniger als 45% seiner Landsleute keineswegs die Zeitung, sondern das private Gespräch mit Verwandten, Nachbarn, Freunden und sonstigen Bekannten als sicherste Informationsquelle betrachten, wer weiß, ob er dann Mut zu seinem kühnen Unternehmen gehabt hätte.

Aus der einen Zeitung sind inzwischen 50 Tageszeitungen geworden mit einer Auflage von 5 335 368 Stück und 111 Wochenzeitungen, deren Auflage um 2,4 Millionen höher bei 7,757 Millionen liegt. Dazu kommen 48 vierzehntägig erscheinende Zeitungen mit 2,02 Millionen Exemplaren und 182 Monatschriften mit 2,89 Millionen Auflagenhöhe und schließlich 145 Zweimonat- und Vierteljahreschriften mit 634 547 Exemplaren (Ziffern vom August 1960).

Und insofern könnte der alte Mercurius, der Gott der Händler und des glückhaften Aufstiegs, ganz zufrieden sein. Aber wie so oft: mit den reinen Zahlen ist's nicht getan.

Die polnische Presse leidet an einer ernsthaften Krankheit: seit 1958 haben nicht weniger als 44 von 122 untersuchten Publikationen ihren Chefredakteur gewechselt. Und vor allem die Wochenzeitungen, die am meisten zum herbstlichen Tauwetter des Jahres 1956 beigetragen haben, sind seither arg zusammengeschrumpft: die *Przegląd Kulturalny's* von 75 300 (1957) auf 25 900 (1960) und die *Nowa Kultura's* von 52 000 auf 22 600. Und sogar die Illustrierte *Swiat* sank von 282 000 auf 106 000.

Der Grund für diese Krankheit liegt auf der Hand: Mehr als irgendeine andere Erscheinung des öffentlichen Lebens ist die Zeitung auf die Freiheit angewiesen,